

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

8.4.1865 (No. 84)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 8. April.

N. 84.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Deutschland.

*** Frankfurt, 6. Apr.** Der viel besprochene bayrisch-sächsisch-hessische Antrag, die Einsetzung des Herzogs Friedrich in die Regierung betr., ist in der heutigen Bundestags-Sitzung mit 9 gegen 6 Stimmen zum Beschluß erhoben worden. Die Träger der Stimmen sind genau dieselben, wie in der vorigen Sitzung, und es sind somit alle Regierungen ihren Voten treu geblieben. Oesterreich und Preußen enthielten sich heute ihrer Stimmen nicht, sondern betheiligten sich an der Abstimmung. Preußen motivirte sein Votum, entsprechend seiner früheren Erklärung, wonach es die Kompetenz des Bundestags in einer vorgehenden Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg zur Entscheidung der Rechtsfrage nicht anerkennt und eine unberechtigte Parteimahne für denselben sieht. Die drei antragstellenden Staaten gaben sehr ausführlich motivirte Abstimmungen ab; ebenso das mit Preußen gehende Hannover. Einzelne Regierungen, welche mit der Mehrheit stimmten, hoben gleichwohl ausdrücklich hervor, daß sie die Nothwendigkeit gewisser Konzeptionen an Preußen im Interesse Deutschlands anerkennt, wenn sie sich auch für die Ansprüche des Herzogs von Augustenburg erklären müßten. Nach der Abstimmung stellte Oesterreich die Gleichheit seiner Anschauung mit Preußen bezüglich ihrer beiderseitigen und vorläufig noch festzuhaltenden Stellung in den Herzogthümern klar, indem es zugleich erklärte, daß es den größten Werth darauf lege, den Abschluß der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ohne Störung des zwischen den beiden deutschen Großmächten bestehenden guten Einvernehmens möglich zu machen. Preußen erklärte, es halte die gleiche Hoffnung des dauernden Einvernehmens fest, vermöge aber eine Erfüllung der durch Annahme des Antrags ausgesprochenen Erwartung nicht in Aussicht zu stellen. — Aus den weiteren Verhandlungen heben wir hervor eine Erklärung von Württemberg, auf die von Sachen beantragte Revision der Bundes-Preß- und Vereinsgesetzgebung einzugehen, einen Antrag des handelspolitischen Ausschusses auf Einberufung einer neuen Kommission von Sachmännern zur Anbahnung eines gleichen Maß- und Gewichtsystems.

*** Frankfurt, 7. Apr.** Ueber die gestrige Bundestags-Sitzung können wir noch folgende Einzelheiten mittheilen: Oesterreich stimmte für den mittelstaatlichen Antrag, ohne allenfalls den Motiven beizutreten. Bayern stellte sich auf den bekannten Standpunkt des Hrn. v. d. Pforschten, und soll dessen „Denkschrift“ wiederholt vorgelegt haben. Für Sachen machte Hr. v. Beust die von ihm in London erlangene Anerkennung des Herzogs von Augustenburg geltend. Luxemburg stimmte nicht. Preußen wiederholte früher Gesagtes und erklärte jede Beschlußfassung für ungeeignet, während Hannover entschieden gegen den Antrag sprach. Auch Kurhessen, Mecklenburg, die 15. Stimme und die Hansestädte gaben mehr oder weniger motivirte Stimmen gegen den Antrag ab. Oldenburg legte förmliche Protestation gegen eine Beschlußfassung ein, die weder der Rücksicht gegen die deutschen Großmächte entspreche, denen die Herzogthümer ihre Befreiung verdanken, noch den nationalen Rechten Deutschlands Rechnung trage. So erfolgte dann die Schlußsitzung mit 9, oder, unter Hinzuziehung Luxemburgs, mit 10 gegen 6 Stimmen. Hierauf bezeichneten, zuerst der österreichische, dann der preussische Gesandte die Stellung ihrer Regierungen zu dem Antrag des Näheren.

*** Karlsruhe, 2. Apr.** (Wintervorlesung. Fortsetzung.) Selbst der Irrthum ist eine Stufe auf dem Wege zur Wahrheit, so lange er nicht als Autorität geltend gemacht werden soll. Wie weit man jedoch in letzterer Hinsicht vom rechten Weg abirrt, zeigt am schlagendsten die eigenthümliche Bedeutung, welche Aristoteles in der Geschichte der Wissenschaft hatte. Dieser große Forscher des Alterthums hat in seinen naturwissenschaftlichen Werken für die ihm bekannten astronomischen und physikalischen Erscheinungen ein System von Erklärungen gegeben, welche zwar noch sehr weit von der Wahrheit entfernt sind, aber gleichwohl in ihrer Gesamtheit eine sehr großartige und wichtige Summe naturwissenschaftlicher Kenntnisse darstellten und in der Astronomie schon deshalb einen entschiedenen Einfluß auf die Entwicklung der Wissenschaft hatten, weil sie das Bedürfnis ihrer Zeit klar ansprachen, und weil die strenge Form ihrer Darstellung dazu antrieb, die Bestrebungen zu konzentriren. Ihr Ansehen verbreitete sich in den folgenden Jahrhunderten in immer weitem Kreise, und so gelangte Aristoteles zu der Geltung eines Gesetzgebers der Natur, während er doch nur ein eifriger Diener ihrer Erkenntnis gewesen war. Man hielt ihn für einen Propheten, seine Sätze für unerschütterlich, und seine Leistungen galten lange für das erreichte Endziel der Naturerkenntnis.

Unter dessen war die Astronomie auf dem Wege der ruhigen Fortschritts gelangt, daß sie mit Hilfe der Beobachtungen, die seit Aristoteles und auf dessen Aufforderung angeestellt worden waren, beweisen konnte, daß viele Ansichten des großen Philosophen, namentlich die Hypothese von der Ruhe der Erde im Mittelpunkt des Weltalls, irrig seien, und jetzt wurde Aristoteles oder vielmehr der pedantisch aufgefasste Lehrer des autoritätsbedürftigen Mittelalters das Feldgeschrei des erbitterten Widerstandes der Partei, welche den Boden unter den Füßen zu verlieren glaubte, wenn eine Hypothese ihres Meisters berichtigt wurde, während sie die Bedeutung seiner Methode nicht zu würdigen verstand. Und so kam es denn, daß nach dem Siege der

Oesterreich erklärte, stets bereit gewesen zu sein, dem Erbprinzen von Augustenburg die Regierung zu übertragen und dadurch ein Austrägalverfahren zu ermöglichen; ferner daß es „außer dem Erlaß der Kriegs- und sonstigen Kosten“ keinen Vortheil wolle, aber jetzt seinen Besitztitel nicht aufgeben werde, bis eine entsprechende Lösung erzielt sei. Preußen hielt eine eingehende Prüfung der Rechtsfrage für unerlässlich und stimmte mit Oesterreich darin überein, daß es seinerseits gleichfalls entschlossen sei, seinen Besitztitel zu behalten, bis eine entsprechende Lösung erzielt werde; doch könne der Gesandte schon jetzt mit Gewißheit aussprechen, daß eine Erfüllung der durch Annahme des Antrags ausgesprochenen Erwartung nicht in Aussicht stehe.

*** Stuttgart, 6. Apr.** In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer erinnerte der Abg. Seeger dringend an den Bericht der Kommission für innere Verwaltung über die Vitischrift des Stuttgarter Arbeiter-Bildungsvereins in Betreff der Abänderung des Verehelichungsgesetzes im Sinne größerer Erleichterung in Ertheilung der Heirathsverlaubniß. Die Sache sei von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung, da unsere besten Arbeiter deshalb ins Ausland gingen. Den Fabrikanten und Gewerbetreibenden sei schon jetzt ernstlich bange auf die Beendigung des amerikanischen Kriegs, die in einigen Monaten erfolgen müsse, wo dann die Auswanderung stärker als je sein werde, und zwar gerade der tüchtigsten Arbeiter, für welche die Erleichterungen in Erlangung der Heirathsverlaubniß einen Hauptgrund bilden. Die Dringlichkeit sei dadurch anerkannt, daß durch den jetzigen Hrn. Minister des Auswärtigen, Frhrn. v. Arnim, bei Beginn dieses Landtags, und später durch den Abg. Ammermüller Anfragen deshalb gestellt worden seien. Er bitte daher die Kommission, den Bericht so bald zu erstatten, daß derselbe nach den Oesterreichern beraten werden könne, damit noch auf diesem Landtag ein das Verehelichungsgesetz abändernder Gesetzentwurf vorgelegt werden könne, sonst möchten wir leicht zu spät kommen. Der Berichterstatter Schultze sagt den Bericht in Würde zu.

In die Spezialkommission zu Begutachtung der Hölder'schen Motion auf Verfassungsrevision werden gewählt: Schäffle, Mittnacht, v. Schab, v. West, Probst, Weber, Oesterlein, Hölder, Schott, Schall, Tafel, Mack, Wächter, Frhr. v. Gemmingen, Kömer.

Bei der Berathung des Stats des Kriegsdepartements kamen auch die Kosten für das Lager zu Königs zur Sprache, wobei Frhr. v. Gemmingen, unter Berufung auf das Lebningslager in Baden, die Errichtung eines ständigen Lebningslagers bei uns in Anregung brachte, als bestes Mittel zur Ausbildung des Soldaten, womit sich der Hr. Kriegsminister v. Müller einverstanden erklärte, wenn die Kammer die Mittel dazu bewillige.

An Befoldungsaufstellungen wurde den Generalleutnanten Nichts (Ertrag 300 fl.), den Generalmajoren 100 fl. (Ertrag 300 fl.), den Obersten und Majoren je 200 fl., den Hauptleuten und Rittmeistern je 100 fl. gewährt. Bei den Oberleutnanten und Leutnanten waren je 50 fl. erigirt; die Kammer beschloß jedoch auf Probst's Antrag: der jüngeren Hälfte der Leutnanten eine Zulage zu gewähren, diese dagegen der älteren Hälfte der Oberleutnanten zuzukommen zu lassen. Den Oberleutnanten, für welche 300 fl. erigirt waren, wurden 200 fl. zugelegt neben der freien Wohnung.

München, 4. Apr. Die Adresse an den König, welche

neuen Ansicht Aristoteles als der scheinbare Vertreter des hartnäckigen Irrthums bis in die neueste Zeit von den Eiferern des Fortschritts gering geachtet wurde.

Ganz anders stellt sich Copernicus, der erste Verkünder der neuen Weltanschauung, den Alten gegenüber. Er fecht sich der vielen Stellen in Aristoteles' Schriften, wo derselbe das Bedürfnis nach Fortentwicklung der Wissenschaft ausdrückt, wo er im Gefühle des Unangenehmen seiner Annahmen denjenigen glücklich preist, welcher exactere Hypothesen zur Erklärung der Erscheinungen auffinden würde, und wo er als letzten Beweis für die Richtigkeit einer Theorie die Erfahrung anerkennt, indem er sagt, daß nur Dasjenige vollständig wahr sei, was das Künftige so voraussetzt, wie es eintreffe. Hier verschwindet natürlich jeder Streit, und Copernicus faßt sich gar nicht als Gegner des Aristoteles, er weiß, daß er, begünstigt durch die Fortschritte der Zeit, die Konsequenzen zieht, welche den Alten verborgen bleiben mußten. Der Schritt von Aristoteles zu Copernicus erfolgte in der Wissenschaft ganz ruhig, während sich in den weiten, oberflächlichen Kreisen darüber der erbitterte Kampf erhob, in welchen schließlich auch noch die heilige Inquisition eingriff.

Die alte Astronomie war die notwendige Vorbedingung der Arbeiten, durch welche Copernicus die Welt aus den Fesseln einer großartigen Sinnestäuschung befreite und die Grundlage der jetzigen Astronomie legte; sie lieferte ihm das Material zu seinem neuen Weltgebäude. Nicht die Dogmen der mittelalterlichen Scholastik, sondern die Schriften der Alten waren die Vorarbeiten für ihn; wie aber die neuere Wissenschaft sich allmählig daraus entwickelt hat, das bedarf hier noch einer übersichtlichen Erklärung.

Es ist kaum anders denkbar, als daß die Wissenschaft der Astronomie ihren ersten Ursprung in Gegenden hatte, in welchen ein reicher und vielgestaltiger Verkehr das Bedürfnis einer geordneten Zeitrechnung hervorrief, wozu sich das Mittel nur in den Bewegungen der Himmelskörper dem Menschen darbieten konnte. Das Interesse an den

der Ausschluß der Abgeordnetenkammer beantragt, lautet:

Zum ersten Mal erschienen die erwählten Vertreter des bayrischen Volkes vor dem Thron, auf den des Himmels Fügung und der Verfassung Gesetz Ew. Majestät berufen hat. Zeugen der allgemeinen Trauer, die das unerwartet schnelle Hinscheiden des hochseligen Königs Maximilian II. in allen Landestheilen hervorgerufen, beklagen wir aufs tiefste den schweren Verlust, der das königl. Haus und das Vaterland gemeinsam betroffen, und indem wir den gerechten Schmerz Eurer Majestät, der Königin Mutter und der gesammten königl. Familie ehren, bitten wir, den Ausdruck unserer herzlichsten Theilnahme huldreich entgegenzunehmen. Nicht in wenigen Worten läßt sich zusammenfassen, was Ew. Majestät höchstseliger Vater seinem Volk gewesen. Für alle erbahnen Ideen der Menschlichkeit empfänglich, nach Wahrheit und Weisheit ringend, Freund des Volkes und der Menschen, worttreu und gewissenhaft, hat er Geist und Bedürfnis seiner Zeit erkannt, in schweren Sturmperioden die Geschichte des Staates mit Weisheit gelenkt, seinem Volke den Frieden gegeben und hinterlassen, die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Religionsgesellschaften mit Entschiedenheit gewahrt, und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Denkmale seines Wirkens aufgerichtet. Er hat Bayern nicht bloß seine Verfassung unverfehrt erhalten, sondern sie auf eine höhere, der Menschenwürde und der Reife des Volksgewisses entsprechende Stufe erhoben. Ihm danken wir den Fortschritt in allen Zweigen des Rechtsstaates. Die Freiheit des Menschen, seines Gedankens und des Wortes, den sein Fleiß befruchtet, ist auf gesetlicher Grundlage befestigt. Den Anforderungen der Volkswirtschaft entsprechende Gesetze und reichlich gebotene Mittel zur Theilnahme am Weltverkehr dienen dem ständigen Wachstum des allgemeinen Wohlstandes. Leben und Bewegung ist mit richtiger Erfassung ihrer Aufgabe in allen Zweigen der Staatsverwaltung rege geworden, der Selbstverwaltung ist ein erweiterter Spielraum eröffnet. Das Feld der geistigen Kultur ist reichlich bestellt, für die Erweiterung der Wissenschaft und das Verständnis der Thaten des Menschengeistes durch Entfaltung der Wahrheit in der Geschichte ist mit königl. Großmuth gesorgt worden. Die unbefangene Geschichte wird die Thaten des Verewigten verzeichnen und künftigen Geschlechtern das treue Lebensbild eines der edelsten deutschen Fürsten überliefern. Sein dankbares Volk wird seine Werke ehren, den von ihm ausgehenden Samen in sich zur Reife bringen und sein Andenken segnen.

Aber über der Vergänglichkeit der Person steht die unvergängliche Würde des verfassungsmäßigen Königthums, dem in der erbahnen Person Ew. Maj. ein des Vaters würdiger berechtigter Inhaber erstanden ist. Königl. Maj. Selbst des besten Vaters beraubt in jener Frühjahrszeit des Lebens, in der es dem Menschen gewöhnlich vergönnt ist, im unverkürzten Genuße der Jugendfreude seiner Selbstentwicklung zu leben, haben Ew. Maj. die schwere Sorge des Herrschers über sich genommen und mit gereistem Mannesmuthe den Entschluß gefaßt, des verwaisten Landes Vater zu sein. Wozu der erhabene Geist und der vorbestimmte Beruf Ew. Maj. antreibt, dazu wird die Kraft und der Segen von Oben nicht fehlen. In den schweren Pflichten des Herrscheramtes ist Ew. Maj. ein reiches Erbe zugefallen, die ruhmreiche Erinnerung an eine erlauchte Reihe fürstlicher Ahnen, in der zahlreiche Vorbilder von häuslichen und fürstlichen Tugenden ergänzen, und die Liebe, das Vertrauen eines biederen Volkes. Als angeerbtes Erbgut besteht die Treue in den bayrischen Stammländern, deren Geschichte seit Jahrhunderten mit jenen des Hauses Wittelsbach verflochten sind. Doch auch in jenen Gauen, mit denen erst eine spätere Zeit Bayern für Absonderung seiner alten Marken im Süden und Osten entschädigt hat, ist das Fest der 50jährigen Vereinigung mit der Krone Bayerns mit begeisterten Volksgelübden gefeiert wor-

selben wurde durch ihre große religiöse Bedeutung und durch die Macht, welche den Eingeweihten aus dieser Kenntniß über die Geister der Unkundigen erwuchs, ganz wesentlich unterstützt. Die Weisen der Chinesen, der Indier, der Babylonier und Ägypter hatten, mehr oder weniger unabhängig von einander, die wichtigsten und auffallendsten Bewegungen der Gestirne, sowie die astronomischen Phänomene und deren Wiederkehr in geordneter Weise aufgezeichnet und dadurch schon in uralten Zeiten Bewundernswürthes geleistet; aber, weit entfernt, ihre Leistungen von einem Urvolke gelehrter Astronomen herzuholen, beauftragten sie vielmehr auf das deutlichste, daß ihre größten Leistungen aus den einfachsten Operationen der Sinne und des Geistes und aus dem stillen, ersten Fleiße hervorgingen, mit dem eine lange Reihe von Geschlechtern zum Zwecke der geordneten Aufzeichnung zusammenwirkte. Allmählig ordnete und verschärfte man die Sinneswahrnehmung mit Hilfe der einfachsten Apparate, z. B. einer Schattensäule, des Gnomons, aus dessen im Laufe des Tages und Jahres sich ändernder Schattenslänge die Veränderung der Stellung der Sonne und die Wiederkehr der Jahre genauer bestimmt wurde. (Fortsetzung folgt.)

An der Wiener Universität ist folgender Aufruf veröffentlicht worden: „Wir haben die Bewilligung erhalten, eine Studentenversammlung zu veranstalten, deren Reinertrag den akademischen Vereinen zufällt. Mit dem festen Vertrauen auf eure Unterstützung wenden wir uns an euch, Kollegen, auch zur Theilnahme aufrufend. Zur Aufführung sollen Schiller's „Räuber“ kommen, welche zwar schon oft von großen Künstlern hier gespielt wurden, aber noch nie wurde Schiller's erstes Produkt, der Ausfluß seiner Jugendphantasie, von so jugendlichen Kräften dargestellt, und was uns an Routine fehlt, das soll die Begeisterung für das Erfüllungswort unseres Dichters ersetzen. Wer also Geschick in sich fühlt, und Lust und Nebe dazu hat, der wolle sich uns anschließen, da noch außerdem der Zweck ein wohlthätiger ist. Das Komitee.“ Die Veranstaltung soll am 30. d. im Hof-Operntheater stattfinden.

den, auch dort hat die Liebe zum gemeinsamen Herrscherhause feste Wurzeln im Herzen des Volkes geschlagen. Neben der glücklichen Auseinanderfolge vollfreundlicher und reichbegabter Regenten besteht das Bindemittel der verschiedenen Elemente, die sich jetzt als Ganzes erkennen, ihrer Einheit bewußt und auf den gemeinsamen Namen der Bayern stolz sind, in dem nahezu 47jährigen Zusammenleben unter den Segnungen einer weisen Staatsverfassung. Gew. Majestät haben diese Verfassung, die der Urgründer gegeben, der Vater bereichert und verbessert hinterlassen hat, mit der Ueberzeugung beschworen, in dieser unschätzbaren Urkunde die gleich unerschütterliche Stütze und Bürgschaft der Kronrechte wie des Volksrechts und den Richtpunkt für das Ziel der öffentlichen Wohlfahrt zu finden. Diese wird gedeihen, so lange alle Faktoren des Staatslebens in glücklicher Eintracht darin übereinstimmen, im Geiste der Verfassung zusammen zu wirken. Wir haben mit freudiger Zustimmung an den ersten Proben erkannt, wie sehr Gew. Majestät die Festhaltung und Fortbildung der Verfassung am Herzen liegt; wir erblicken mit Vertrauen die Geschichte Bayerns in der Hand Gew. Majestät und sind bereit, alle auf des Vaterlandes Wohlfahrt gerichteten Bestrebungen Gew. Majestät gewissenhaft an unserm Ort zu unterstützen. Das Volk der Bayern, das den Regierungsantritt Gew. Majestät mit frohen Hoffnungen begrüßt hat, wird sich in guten und schlimmen Tagen um Gew. Majestät scharen und königliche Liebe und Sorgfalt mit Liebe und unwandelbarer Anhänglichkeit vergelten. Durch seine Vertreter huldigt dieses Volk heute in Ehrfurcht und Ergebenheit seinem König, dem Gott lange und beglückte Regierungsjahre zuteilen möge. Gott erhalte den König, er schütze sein Volk und das bayerische Land! (Die Adresse ist von der Kammer unverändert und ohne Debatte einstimmig angenommen.)

Darmstadt, 8. Apr. Die „Darmst. Ztg.“ tritt in einem offiziellen Artikel der Ansicht entgegen, der Antrag vom 27. März greife, indem er sich zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg ausspreche, der rechtlichen Entscheidung der Erbfolge-Frage vor, und verlege dadurch die Rücksicht auf die Ansprüche anderer Prätendenten. Diefem Vorwurf stehe schon die, auch in die Motive des Antrags aufgenommene Erwägung entgegen, daß durch die Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg in die Regierung der Herzogthümer die rechtliche Verfolgung anderer Ansprüche nicht abgeschnitten, vielmehr die Möglichkeit, solche Ansprüche, den Augustenburglichen gegenüber, auf dem bundesgesetzlichen Wege des Austragverfahrens geltend zu machen und zur Entscheidung zu bringen, gerade durch jene Einsetzung erst gegeben sein würde. Aber es erscheine der erwähnte Vorwurf auch noch aus einem andern Grunde durchaus hinfällig. Der Antrag vom 27. März muthe nämlich der Bundesversammlung nicht zu, eine andere Stellung hinsichtlich der Erbfolge-Frage einzunehmen, als diejenige, welche die Bundesversammlung durch Beschluß vom 2. Juni 1864 bereits eingenommen habe. Der Antrag vom 27. v. M. sei nur die praktische Konsequenz jenes früheren Beschlusses. Um dieses nachzuweisen, geht nun das Blatt auf die damaligen Verhandlungen näher ein.

Dresden, 5. Apr. Das „Dresd. Journ.“ bringt in seinem amtlichen Theil eine Verordnung, die unter dem 6. Juli 1854 wegen Verhinderung des Mißbrauchs der Presse und unter dem 13. Juli 1854 in Betreff des Vereinswesens gefassten Bundesbeschlüsse betreffend, die wie folgt lautet:

Wir Joseph von Gottes Gnaden König von Sachsen u. c. u. c., haben beschloffen, die mittelst der in dem Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahr 1855, Seite 22 und 30 abgedruckten Verordnungen vom 29. und 30. Jan. desselben Jahres publizirten Bundestags-Beschlüsse vom 6. Juli 1854, die Verhinderung des Mißbrauchs der Presse betreffend, und vom 13. Juli desselben Jahres, das Vereinswesen betreffend, für den Bereich hiesiger Lande wieder außer Wirksamkeit zu setzen. Indem wir dieses thun, haben wir zugleich die zur Ausführung dieser Bundesbeschlüsse mit unserer Genehmigung von dem Ministerium des Innern erlassenen Verordnungen vom 30. und 31. Jan. 1855 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahr 1855, Seite 27 und 32) andurch auf, und verordnen, daß nunmehr lediglich den Vorschriften des Pressegesetzes vom 14. März 1851 und des Vereinsgesetzes vom 22. Nov. 1850, sowie den einschlagenden Bestimmungen des Gewerbegesetzes vom 15. Okt. 1861, ingleichen den zur Ausführung dieser Gesetze erlassenen Verordnungen, nachzugehen ist. Urkundlich haben wir diese Verordnung eigenhändig vollzogen und das königl. Siegel beibringen lassen. — Dresden, 30. März 1865. (L. S.) Joseph von Sachsen. Friedrich Ferdinand Prinz v. Weis.

Hannover, 5. Apr. (N. Fr. Z.) In der Zweiten Kammer wurde heute von streng konservativer Seite der Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung recht bald das Gesetz aufheben möge, welches der Polizei einen Theil der Gerichtsbarkeit überträgt und somit der Justiz entzieht. Dieses Gesetz, welches von Borries und seiner Partei 1859 gemacht wurde, widerspricht nicht nur der verfassungsmäßig festgesetzten Trennung der Justiz von der Verwaltung, sondern es schlägt der Zweckmäßigkeit wie der Gerechtigkeit so ins Gesicht, daß ein Ministerieller es als das schlechteste Gesetz in der ganzen Gesetzsammlung bezeichnete. Abrecht hob hervor, die Verwaltung verzögere die Aburtheilung der ihr überwiesenen Strafsachen auf das entsetzliche. Koscher wies darauf hin, wie die Zahl der Werkhäuser-Gefangenen eine nie gekannte Höhe erreicht habe, seit die Verwaltung auf Werkhäuser-Strafe erkennen kann. Ein Ministerialreferent bestritt diese Nachtheile, wollte sich aber über die Zweckmäßigkeit des Gesetzes selbst nicht äußern; der Justizminister verhielt sich ganz schweigend. Ein bestimmter Antrag wurde heute nicht gestellt, dazu fehlte die passende Gelegenheit. Der Gesetzentwurf, die von der inländischen Brauntwein-Fabrikation zu erhebende Steuer um die Hälfte zu erhöhen, in Gemäßheit des neuen Zollvertrags, fand die Zustimmung der Versammlung; das Gesetz soll am 1. Jan. 1866 in Kraft treten.

Oldenburg, 3. Apr. (Wes. Z.) Auf der heutigen Tagesordnung des Landtags standen die Verträge unter den Zollvereins-Staaten wegen Fortsetzung, beziehungsweise Erneuerung des Zollvereins. Der Ausschuss hatte darüber eingehend berichtet. Auf Antrag des Ausschusses und ohne daß dieserhalb eine Debatte stattfand, ertheilte der Landtag soweit nöthig seine Zustimmung zu diesen Verträgen,

erwachte die Staatsregierung, eine Ermäßigung der Salzsteuer eintreten zu lassen, soweit die Verträge dieses zulässig erscheinen ließen, ferner nach Verständigung mit Hannover die Salzsteuer nur allmählig zu erhöhen und das Verbot der Salzeinfuhr ganz oder theilweise außer Wirksamkeit zu setzen, auch die für den Gewerbebetrieb bestehenden Erleichterungen des Bezuges von Salz fortbauern zu lassen. Der Regierungskommissar Ruffrat verhielt in Betreff des Salzes noch eine weitere Vorlage. Sodann ward die Staatsregierung ermächtigt, einer Verständigung über die erwachte Einfuhrung aller oder gewisser Tarifpositionen sich anzuschließen, sowie auch einer Verständigung über mehrere noch zur Verhandlung stehende Punkte, falls der ständige Landtags-Ausschuss nichts dagegen zu erinnern finden sollte. Ein Antrag des Abg. Fortmann, daß die Staatsregierung zu erfragen sei, auf die Einrichtung eines Zollvereins-Parlaments hinzuwirken, wird mit 24 gegen 23 Stimmen an den Ausschuss verwiesen.

Altona, 4. Apr. Die „Schlesw.-Holst. Ztg.“ meldet: „In einer gestern hier stattgehabten Sitzung des engern Ausschusses der Schleswig-holsteinischen Vereine ist der Beschluß gefaßt worden, auf Mittwoch den 19. d. eine Delegation zu entsenden nach Altona, um die Verhandlungen der Berliner Zusammenkunft vom 26. v. M. bilden. Einer Einladung des Ausschusses Folge gebend, hatte sich gestern auch eine kleinere Zahl hervorragender Vertreter verschiedener Schleswig-holsteinischer Vereine hier eingefunden behufs einer Besprechung über den Inhalt der von den Mitgliedern des engern Ausschusses unterfertigten Erklärung vom 26. März. Das Verhalten des Ausschusses fand fast einmüthige Anerkennung; nur ein Mitglied aus Dithmarschen vertrat einen abweichenden Standpunkt, sicherte jedoch in der freundlichsten Weise seine Mitwirkung zur Herbeiführung eines gedeihlichen Resultats zu.“

Kiel, 4. Apr. Wie die „Hamb. Nachr.“ erfahren, hat das Polizeiamt gestern in Anlaß des Fahnenverbotss dem Hrn. Hauffe angezeigt, daß nach Anordnung der Landesregierung die mehrerwähnte Fahne nicht wieder ausgehängt werden dürfe, selbst wenn aus der Inschrift „Friedrich VIII. Herzog von Schleswig-Holstein“ die VIII. weggelassen werde. Da Hr. Hauffe erklärt hat, er könne sich noch nicht entscheiden, ob er nicht dennoch morgen am 5. April zur Feier des Tages von Eternförde die Fahne wieder aushängen werde, so ist ihm heute Vormittag letztere durch die Polizei, unter erhobenen Protest von seiner Seite, konfisziert worden.

Berlin, 5. Apr. Der „Schlesw.-Holst. Ztg.“ entnehmen wir die Resolution in der Schleswig-holsteinischen Frage, welche der Abg. Birchow in der Fraktion der Fortschrittspartei in Vorlag brachte. Dieselbe lautete:

- 1) Die baldige Beendigung des Provisoriums in den Schleswig-holsteinischen und insbesondere die definitive Konstituierung Schleswig-holsteins liegt eben so sehr im preussischen, als im deutschen Interesse.
- 2) Die definitive Konstituierung Schleswig-holsteins, sowie die Ordnung des Verhältnisses zwischen Preußen und den Herzogthümern darf nicht ohne Zustimmung der Herzogthümer erfolgen.
- 3) Indem Preußen den Schutz der deutschen Nordmarken nach außen übernimmt, hat es als Gegenleistung zu fordern, daß ihm von den Herzogthümern Territorialabtretungen zu Marineabtheilungen, die Stellung eines Kontingents zur Seewehr, und ein verhältnismäßiger Beitrag zu den Kosten der Marine, sowie die Führung des Schleswig-holsteinischen Heeres im Krieg und die Inspektion desselben im Frieden vertragmäßig zugesichert werde.
- 4) Der Beitritt der Herzogthümer zum Zollverein ist so bald als möglich herbeizuführen.

Von mehreren Mitgliedern wurden andere Resolutionen vorgeschlagen. Wie schon mitgetheilt, wurde nach längerer Debatte mit sehr großer Majorität beschloffen, vorerst im Haupte die Schleswig-holsteinische Frage nicht zur Diskussion zu bringen.

Berlin, 6. Apr. (Berl. Bl.) Die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses führte zunächst zur Berathung über die Zollverträge. Referent ist der Abg. Michaelis.

Abg. Kerst spricht in der Generaldebatte gegen die Vorlagen, indem er das Hannover bewilligte Präzipium angreift, weil es nur um bewilligten Zustand worden sei, damit Hannover den Salzpreis höher halte und dadurch die Aufrechterhaltung des von dem Abgeordnetenhaus vor kurzem verurtheilten Salzmonopols möglich mache. Unter diesen Umständen könne er nur gegen die Annahme stimmen. Abg. v. Gablenz für den Kommissionsantrag, indem er die große Bedeutung der Verträge für Deutschland und Preußen, das durch dieselben ein Uebergewicht in Deutschland erlange, hervorhebt. Abg. Krieger (Berlin) führt gegen den Abg. Kerst aus, daß die Annahme der gegenwärtig vorliegenden Verträge die Aufhebung des Salzmonopols nicht behindert. Abg. Ziegert erklärt sich ebenfalls für die Vorlagen, wünscht aber, daß die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit hergestellt, die Kommunikationsmittel verbessert, und alles Dasjenige hergestellt werde, was noch zur Vollendung des Werkes erforderlich sei. Abg. Faucher erinnert mit Wärme an die ersten intellektuellen Urheber der Zollvereinigung, welche bereits das Grab deckt: zuerst an Kühne, dann an Cobden.

Referent Abg. Michaelis weist darauf hin, daß das Abgeordnetenhaus bei Annahme des französischen Handelsvertrags sein Programm in Bezug auf den Zollverein ausgesprochen habe, daß nämlich der Zollverein nur unter Durchführung des französischen Handelsvertrags erneuert werden solle. Seitdem sei viel geschehen, seien große politische Kämpfe in Deutschland und in Preußen geführt worden, aber die durch übereinstimmenden Beschluß aller Faktoren des Staats sanktionirte Zollvereins-Politik Preußens habe festgehalten; die Regierung hätte sie nicht verlassen können, auch wenn sie gewollt. Trotz des Wechsels in der Leitung sei die Regierung in den durch jene Beschlüsse vorgezeichneten Wegen gegangen und die Wege hätten zum Ziel geführt. Preußen sei erfolgreich gewesen, weil es das Organ gewesen sei, welches den Willen der großen Mehrheit des deutschen Volks trotz der schlechten Verfassung Deutschlands in Gestalt einer Reformmaßregel durchführte. Redner wirft nun einen Rückblick auf die Bedingungen, unter welchen früher die Zollvereins-Verträge erneuert wurden. Jetzt zum ersten Mal sei durch Kündigung der Zollvereins-Verträge eine große

reformatorische Maßregel durchgeführt worden; dieses Mittel habe sich bewährt. Wir dürfen hoffen, daß die im Lauf der Vertragsperiode nothwendig werdenden Reformen jetzt leichter zu Stande kommen werden; geschehe das nicht, so sei der nächste Ablauf der Verträge wieder der Zeitpunkt großer Reform. Durch Annahme der Verträge führe das Haus ein Werk zu Ende, an welchem es selbst wesentlich mitgewirkt; es fasse Beschlüsse, die es selbst früher in Aussicht genommen; und indem der Zollverein unabhängig von dem Vertrag mit Oesterreich erneuert sei, habe er seine volle Autonomie bewahrt. — In der Spezialberatung wurde das Wort nicht weiter genommen und die Genehmigung der Verträge und der Gesetvorlage über den Vereins-Zolltarif einstimmig ertheilt.

Der Präsident spricht seine Befriedigung darüber aus, daß der Abg. Faucher eines Mannes gedacht habe, der für den Zollverein viel gethan und gewirkt habe, des Abg. Kühne; seiner werde hier immer ehrend gedacht werden. Das Haus erhebt sich zum Zeichen der Zustimmung, und geht hierauf zu Petitionsberathungen über. Eine Diskussion entspinnt sich über eine Petition aus Lauban, betreffend den mehreren Mitgliedern des Laubaner Magistrats darüber ertheilten Beweis, daß sie den Requisitionen der Untersuchungskommission des Abgeordnetenhauses Folge geleistet. Nachdem die Abgg. Bassege (Lauban) und Wachler die dieser Petition zu Grund liegenden Thatfachen erörtert, wurde die Nichtanwesenheit des Ministers des Innern konstattirt, und deshalb dieser Gegenstand auf einige Zeit ausgesetzt. Man geht zur Berathung weiterer Petitionen über.

Wien, 5. Apr. Dem Vernehmen nach wird an einer allseitigen Vereinbarung zur Lösung der Herzogthümerfrage gearbeitet, für welche die bekannten Resolutionen des Ausschusses der Schleswig-holsteinischen Vereine den Ausgangspunkt bilden würden. Die Verhandlungen scheinen sich formell freilich noch in einem nicht sehr vorgeschrittenen Stadium zu befinden, und es hat deshalb die einmal anberaumte Abstimmung am Bunde ihren Fortgang nehmen müssen; aber man hofft, da nach dieser Abstimmung zunächst ohnehin wieder ein Stadium der Ruhe eintreten dürfte, daß währenddessen die Verständigung hinlänglich gefördert sein kann, um einen weiterreichenden Konflikt am Bunde nicht mehr besorgen zu lassen.

Italien.

Turin, 4. Apr. (Köln. Ztg.) General Montebello hat mehrere Kompagnien seiner Truppen zur Verfolgung der Räuberbanden, welche aus dem Römischen einen Einfall in die italienische Provinz Aquila (die ehemalige Provinz Abruzzo Ulteriore Secundo) machen wollten, beordert. In dem Gesichts bei Vaucio hatten die Franzosen 3 Tode und 25 Verwundete; die Ehre der französischen Fahne ist also reichlich aggrirt. Laut den neuesten neapolitanischen Blättern ist eine Bande von 40 Mann vom Römischen aus bennoh in die Abruzzen eingezogen und hat zunächst einen Gutbesitzer in San Giorgio gebrandschatzt. Der Räuber Tamburini, welcher in Neapel im Gefängniß sitzt, hat vor dem Richter ausgesagt, der Graf von Aquila habe ihn bewogen, noch einmal sein Glück auf dem Kampfplatz zu versuchen; er sei von den Leuten des Pallastes Farnese geopfert worden. Der Dienst der Franzosen ist ein höchst beschwerlicher, da der Nachwinter in den Bergen eifrig ist und die Banden als Einheimische der Gebirge fundiger sind als die Fremden, auch zweckmäßigere Fußbekleidung haben und mit vortrefflichen Waffen aus englischen Fabriken versehen sind.

Turin, 5. Apr. Ein Telegramm von Palermo meldet, daß der Jahrestag der Revolution von 1860 in dieser Stadt mit Glanz gefeiert worden ist.

Frankreich.

Paris, 6. Apr. Verhandlungen des Gesetzgeb. Körpers vom 5. Apr.

Das Amendement der 56, das zur Verhandlung kam, fügt dem § 8 des Abrechenbuchs folgende Worte bei: „... Aber um dahin (b. h. zur Wehrung des allgemeinen Wohlstandes, zur Förderung der persönlichen Initiative und des Genossenschaftsgeistes) zu gelangen, wäre es nützlich, wenn die Regierung sich mit der Frage befaßte, ob nicht, in Folge der Umgestaltung des Reichthums und der dadurch hervorgerufenen Veränderung der Sitten, die Gesetzgebung über die Erbschaften Modifikationen zu Gunsten der Ausdehnung der väterlichen Gewalt nöthig machen sollten.“

Die Diskussion war insofern eine merkwürdige, als sie keineswegs einen politischen, sondern nur einen allgemein rechtlichen oder sozialen Charakter trug, so daß in Folge dessen eine vollständige Verschiebung, oder richtiger eine Fusion aller Parteien stattgefunden hatte, aus welcher nur individuelle Ueberzeugungen für und wider aufstiegen. Eine in dem parlamentarischen Leben nicht allzu häufige Erscheinung war es auch wohl, daß für das Amendement der 56 nur 42 Deputirte schließlic stimmten. Die Opposition war eben so wenig einig, als die Majorität. Genon, einer der fünf, Bethmont, Martel und Herzog Marmer gehörten zu den Unterzeichnern des Amendements. Gueroult stand auf der Seite des Regierungskommissars de Parieu, und Marie, der Mann der Februarrevolution, errang die Weisheit der großen Menge, die bisher nur Fischen und Unterbrechungen für die Vertreter seiner Sache gehabt, und sogar den bewundernden Zuruf des Hrn. Bethmont: „Sehr gut! das ist die Sprache eines wahrhaften Gesetzgebers!“ Hiers, der sich bisher konsequent des Abstimmens enthalten, stimmte gestern gegen das Amendement, und Olivier sowohl wie Darimon enthielten sich dagegen. Auch die katholische Partei war in zwei Lager gespalten: Kolb-Bernard stimmten für, Michon gegen das Amendement.

In der Diskussion machten sich besonders zwei Hauptrichtungen geltend. Baron Deauce und seine Freunde machten auf die Uebelstände aufmerksam, welche sich aus der allzu großen Zersplitterung der Vermögen und aus der schweren Kostenlast des Theilungsverfahrens, namentlich kleiner Hinterlassenschaften, ergeben. Sie erklärten feierlich und zu wiederholten Malen, daß es ihnen nicht um die Uebereinführung der Majorate und der Fideikommissen zu thun sei; sie verlangten nur Niederlegung einer Kommission, um diesen in einzelnen Vorkommnissen des heutigen sozialen Lebens geradezu widerwärtigen Zustand zu prüfen und geeignete Vorschläge zur Abhilfe, bezw. zur Modifikation der Gesetze über das Recht, zu liefern, im Sinne größter Freiheit für das Familienoberhaupt, zu machen. In diesem Sinne sprach Baron Deauce, Genon, Martel und Bicomte Clary.

Auf der andern Seite stellte man sich von vornherein auf den allgemeinen prinzipiellen Standpunkt. Man hob hervor, welcher große, unendlich wohlthätige Umschwung durch die von der Revolution in die Rechtszustände eingeführte Gleichheit bewirkt worden sei, und zu welchen unerträglichen Mißbräuchen und Ungerechtigkeiten eine Mobilisation der Gesetzgebung Anlaß geben könne, welche die Wiederkehr der Rechtsungleichheit zwischen den einzelnen Familienmitgliedern ermöglichte. Einzelne Mißstände, namentlich der übermäßige Kostenbetrag, der kleine Hinterlassenschaften wesentlich schmälere oder gar völlig verschlinge, seien sehr zu bedauern, dürften aber kein Grund sein, die wesentlichen Grundlagen einer Gesetzgebung zu erschüttern, unter welcher und durch welche Frankreich groß und glücklich geworden sei. Man könne diese Mißstände durch eine Reform der Taxen und der gerichtlichen Formalitäten mildern oder ganz beseitigen, ohne deshalb eine der wesentlichsten Errungenschaften der Revolution gefährden zu müssen. Diese Ideen vertraten Gueroult, Marie, Baron Beauverger und der Vizepräsident des Staatsraths, de Parieu. Das Hauptargument des Hrn. v. B. u. c. e. bestand in der Verlesung einer endlosen Kostenrechnung, welche das kleine Vermögen vier unmündiger Kinder, im Betrag von siebenhundert und etlichen Franken, bis auf ein Reliquat von 15 Fr. verschlungen hatte.

Gueroult sagte u. A.: „Führen Sie Testirfreiheit ein, überlassen Sie den bereits bejahrten Familienvätern allen guten und schlimmen Einflüssen, den Eingebungen seiner eigenen Eitelkeit, der eifersüchtigen Gähler seiner eigenen Kinder, den Einflüsterungen eines Beichtvaters, der seinen Orden bereichern will, oder einer Magd, welche die Herrin spielt und ihre Gewalt mißbraucht, — wissen Sie, was Sie alsdann thun? Sie machen die Hinterlassenschaft zur Zielscheibe aller habgierigen Pläne, aller schlechten Leidenschaften. Wie wollen Sie, daß die Kinder, die durch den ordnungswidrigen vorherrschenden Einfluß eines unter ihnen enterbt werden können, in Vertrauen und Eintracht leben? Wie soll der Seemann, der drei Jahre an einer Station im Stillen Weltmeer verbringt, ohne Beförderung das väterliche Haus verlassen, wenn er denkt, daß er bei seiner Rückkehr durch eine Intrigue seines Bruders ohne Vermögen sein kann? Wie soll der Soldat dem Vaterlande seine Zeit weihen; wie wollen Sie selber ein halbes Jahr auf diesen Bänken zubringen, ohne möglicher Weise ersten Unannehmlichkeiten zu Hause ausgesetzt zu sein? ...

„Die Freiheit, meine Herren, ist nicht die Summe individueller Tugenden und Grillen, und ich, der ich der Regierungsgewalt keine Unschärfe zugeschiebe, will sie auch nicht dem Individuum zugeschieben. ... Ich will nicht (man vergesse nicht, daß hier ein Oppositionsdeputirter, der Chefredakteur der „Opin. nation.“, spricht) — ich will nicht, daß Jeder von uns, durch seine eigenen Leidenschaften bestimmt, den politischen Zustand umgestalten könne, den unsere Väter in ihrer Weisheit festgesetzt haben und der die Größe Frankreichs bildet.“

Martheil, der für das Amendement spricht, hat vorzüglich die Gefahren im Auge, welche das Vermögen junger, leichtsinniger Leute läuft, die allerdings großjährig, aber noch nicht vernünftig genug sind, den Versuchungen und dem Hang zur Verschwendung zu widerstehen. Es soll darum, um die häufig demüthigenden und kompromittirenden Formalitäten einer gerichtlichen Intervention zu vermeiden, dem Vater freier, testamentarisch den Sohn bis zu seinem 25. Jahr unter die Obhut eines Familienraths oder Vormunds zu stellen.

Der Hauptredner war Marie, der nur in den ersten Worten eine politische Opposition heraussetzt, und dann im weitem Verlauf seiner Rede sich ausschließlich auf den juristischen und rechtsphilosophischen Standpunkt stellt. Im Eingang macht er nämlich auf den großen Widerspruch zwischen Verfassung und Gesetzgebung aufmerksam. Die Freiheiten, die in die Verfassung eingeschrieben und durch die Gesetzgebung gerissen sind. ...

Kuher: welche?
Glaiz-Bizoin: alle!

„Mehrere Stimmen: Welche? Welche?
Marie: Die erste von allen die Pressfreiheit, dann die Diskussionsfreiheit, die Versammlungsfreiheit! (Widerspruch und Röm.)

Die beiden Hauptbeweise, die Marie in seiner Rede liefert, sind die, daß eine Abänderung der Gesetzgebung in dem von dem Amendement angeführten Sinne unnütz, und dann, daß sie gefährlich ist. Vorzüglich nimmt sich auch Marie des kleinen und kleinsten Grundbestandes an, den die Begründer des Amendements als ein so großes Unheil hinzustellen sich bemühten. Er zeigt, wie auch der kleinste Grundbestand wesentlich zur Moralität des Individuums und zur Pflege des Familienlebens beitrage. Zu bedenken, feurigen Worten warnt Marie schließlich vor jedem Angriff auf die Gesetzgebung; die Annahme des Amendements könne nur schädliche Zweifel und Ungewissheiten hervorrufen. Selbst der „Moniteur“ steht in Klammer (Beifall lebhafter und zahlreicher Zustimmung; Beifall auf einigen Bänken).

Prinzipiell sehr bestimmt spricht auch Baron Beauverger: „Was Sie die Freiheit, zu testiren, nennen, sagt er, nenne ich das Recht, zu enterben. Die Enterbung, meine Herren, hatte unter dem alten Regime als Konsequenz und als Korrektiv die geistlichen Fürsten und die Klöster; und diese wollen Sie nicht. In England hat sie heute noch als Korrektiv die Stellen in Indien, die geistlichen Würden und die kaiserlichen Offiziersstellen, und dies wollen Sie auch nicht. Die Vermögen, sagt man, zerfallen sich durch das Vererben; bilden wir sie neu durch die Arbeit. Die väterliche Gewalt, sagt man, droht, sich abzuschwächen; stärken wir sie durch die Erziehung und das gute Beispiel, und suchen wir das Heilmittel da, wo das Uebel ist. Reformen sind möglich, und auf sie lenke ich die Aufmerksamkeit der Regierung. Die Einregistrirungsgebühren und die Erbschaftssteuer sind zu hoch. Suchen wir nach Mitteln, sie herabzusetzen. Nicht in der Rückkehr zu einer Vergangenheit, die Alles um uns her als unmöglich anfänglich, liegt das Heilmittel. Achten wir unsen Code, das Wort des Genies und der Zeit; achten wir die Grundlagen unserer Gesetzgebung, denn über die Grundlagen diskutieren wir eben — die erst 60 Jahre alt ist, und wir werden außerhalb derselben immer noch viele praktische und mögliche Dinge zu vollbringen haben.“

Hr. v. Parieu nimmt über diese Frage beinahe ganz denselben Standpunkt ein, wie Gueroult und Marie, erkennt jedoch die gute Absicht der Urheber des Amendements vollständig an. Die Sache gehöre eigentlich in's Bereich der zivilrechtlichen Prozedur, und er könne, ohne eine Indiskretion zu begehen, mittheilen, daß die von Baron Beauverger gemachten Mittheilungen von der Kommission benützt werden würden, welche sich gegenwärtig im Justizministerium mit einer Reform der Gerichtsbezirke im Interesse des kleinen Besitzthums beschäftigt. Man könne also mit gutem Gewissen das Amendement zurückweisen, was nun auch, wie oben gemeldet, bei namentlicher Abstimmung geschieht.

Es beginnt hierauf die Diskussion über den auf die persönliche

Initiative und Erweiterung des Assoziationsrechts bezüglichen Paragraphen. J. Favre spricht für das Amendement der Opposition, welches Abschaffung des Mütterprivilegs verlangt, und zieht es auf die Erklärung des Hrn. Forcade de la Roquette, daß noch im Lauf dieser Session die entsprechenden Gesetzentwürfe vorgelegt werden sollen, wieder zurück. — Trotz der vorgelassenen Zeit ergreift J. Simon noch für ein Amendement über Dezentralisation und größere Gemeindefreiheit das Wort, wird jedoch erst in der nächsten Sitzung (am folgenden Tag, den 6.) seine Rede beendigen. Auch die außerordentliche Stellung von Paris und Lyon wird dabei, wie gewöhnlich, von Picard zur Sprache gebracht werden.

Paris, 6. Apr. Die Ernennung des Hrn. St. Paul zum Kabinettschef des neuen Ministers des Innern ist im gestrigen Ministerrath beschlossen worden und dürfte morgen im „Moniteur“ sein. Was hauptsächlich zu der Wahl des Präfecten von Nancy beitrug, ist, daß man für die bevorstehenden Municipalwahlen eines mit diesen Operationen vertrauten Mannes bedurfte, und Hr. St. Paul, Kabinettschef unter Billault und kurze Zeit auch unter Persigny, der Mann dazu ist. — Der „Abend-Moniteur“ kommt heute dem zweideutigen Dementi des „Constitutionnel“ zu Hilfe, indem er erklärt, daß das Gerücht, die Kaiserin würde eine Gesandtschaft der „Maria Antonette“ veröffentlichen, jeder Begründung entbehre. — Heute fand die Wahl der Nachfolger Ampere's und Alfred de Vigny's in der Akademie statt. Es wurden Camill Doucet und Prevost Paradol gewählt. Für Jules Janin kämpften nur Sandeau und Legouvé. — Morgen kommt im Gesetzbuch Körper § 13 des Adressentwurfs bez. der Beziehungen zwischen Staat und Kirche zur Diskussion.

Die heute veröffentlichte Wochenbilanz der französischen Bank ist ohne Bedeutung. Der Metallvorrath beträgt 455 statt 456 Millionen; die Wechselbestände fielen von 533 auf 520 1/2 Mill., und der Banknoten-Umlauf hob sich von 764 auf 786 Mill. Die Börse, erst still und unentschieden, schließt in Haufe bei ziemlicher Belebtheit. Rente 67.95, Cred. mod. 84.0, Ital. Anl. 65.80.

Spanien.

Madrid, 5. Apr. Bezüglich der Frage eines Arrangements Betreffs der tilgbaren Schulden und der Coupons, sagte der Finanzminister in einer Versammlung von Deputirten, das Schlimmste, was man thun könne, sei, die Regierung zu drängen und in dieser Beziehung allzu viel Ungebuld zu zeigen. Spanien, fügte er hinzu, kann heute mehr thun, als im Jahr 1851; aber es wird das erst dann thun, wenn es den Augenblick für gekommen erachtet wird, und diejenigen, welche außerhalb der Hand die Regierung zwingen wollen, schaden den Interessen, denen sie zu dienen glauben.

Belgien.

Brüssel, 5. Apr. (Köln. Ztg.) Die dritte oder eigentlich die vierte Debatte über die mexikanische Angelegenheit hat heute, wie alle früheren, mit einer durchaus wässerigen Tagesordnung geendet. Die Debatte wurde durch eine Rede des Kriegsministers eröffnet. Bei der Besprechung einer von Hrn. Delaet gestellten vorgeschlagenen Beschlüsse rief er, gegen diesen Abgeordneten gewendet, aus: „Nur Diejenigen, welche solcher Niederträchtigkeit (insanimes) selber fähig sind, können Andere darauf anklagen!“ Trotz des von Hrn. Delaet sofort erhobenen Einspruches zog diese sehr unpassende Aeußerung dem Minister von Seiten des Präsidenten Vandenpeereboom den Ordnungsruf nicht zu. Nach dem General Chazal nahm Hr. Coomans das Wort und wies durch zahlreiche einzelne Thatfachen die längst feststehende und kaum noch geläugnete Intervention der Regierung nochmals zum Ueberflus nach. Aber das Haus war der Sache müde, und als die übrigens interessante Rede des Hrn. Coomans unter allgemeiner Unaufmerksamkeit zu Ende gebracht worden, erlöste aus der Linken der nachdrückliche Ruf nach Schluß, welcher auch nach einer heftig bewegten Debatte genehmigt ward. Man ging alsdann zur Abstimmung über und verwarf durch Namensauftritt mit 55 gegen 27 Stimmen folgenden, von Hrn. Coomans eingebrachten Antrag auf Tagesordnung: „Das Haus, bebauernd, daß die Regierung der Organisation der belgisch-mexikanischen Expedition nicht völlig fremd geblieben, geht zur Tagesordnung über.“ Eine von Hrn. Bara formulirte Tagesordnung ward alsdann durch Aufstehen und Sitzbleiben genehmigt; dieselbe lautet folgendermaßen: „Das Haus, nach Anhörung der Erklärungen des Ministeriums, befehrt auf seinem Beschluß vom 2. Sept. 1864 und geht zur Tagesordnung über.“ Der Chazal-Delaet'sche Konflikt wird einen außerparlamentarischen Abschluß erhalten. Nachdem Hr. Delaet in dem Beschlusse persönlicher Bemerkungen, welcher der Abstimmung vorausging, den Minister zur Rücknahme seines beleidigenden Ausdrucks nicht hatte bewegen können, sagte er, „er wisse, was ihm zu thun übrig bleibe“, und nach der Sitzung haben sich, wie ich erfahre, in seinem Namen die H. H. Rothomb und Hayez mit dem General Chazal in Vernehmen gesetzt.

Lebanteppost.

Marseille, 6. Apr. Briefe aus Konstantinopel vom 29. melden, daß der Sultan, der ziemlich krank nach Ismid gereist war, in guter Gesundheit wieder zurückgekehrt war. Man versichert, Saoset-Pascha werde Handelsminister bleiben, und es werde für die türkische Gesandtschaft in Paris ein anderer Mann gewählt werden. In Folge des Todes eines Türken in Kontaia (Kleinasiens) hatten die Wuselmänner die Griechen angegriffen und mit einer Mezelei bedroht.

Großbritannien.

London, 5. Apr. Parlamentsverhandlungen vom 4. Apr. Oberhaus. Der Bischof von Dorset fragt, ob die Aufmerksamkeit der Regierung auf einen in den Zeitungen erschienenen Bericht über eine in Rußland aufgetretene Seuche gelenkt worden sei, die dem Vernehmen nach mit raschen Schritten ihren Weg von Rußland nach England nehme. Es heiße, daß diese Seuche eine der Cholera äh-

liche Krankheit sei, die ihren Weg über den Meer nach Petersburg genommen, dort jurchbare Berceungen angerichtet habe und auch in einigen Gegenden Preußens aufgetreten sei. Carl Craville sagt, sein edler Freund, der Staatssekretär des Auswärtigen, habe die englischen Konsula in Rußland, sowie den englischen Gesandten in Petersburg angewiesen, in Bezug auf den Gegenstand alle ihnen zu Gebot stehende Anstalten zu geben. Noch heute habe er sich an das auswärtige Amt gewandt, um die Absendung telegraphischer Depeschen nicht nur an die Vertreter Englands in Rußland, sondern auch in den nicht russischen Ostsee-Gebieten zu veranlassen und auf möglichst schnelle Antwort zu dringen.

Unterhaus. Es stellt sich heraus, daß keine 40 Mitglieder anwesend sind, und die Sitzung wird vertagt.

Ueberlandpost.

Malta, 5. Apr. Das Paketboot von China, welches den 30. März in Suez angekommen ist, hat Nachrichten von Shanghai bis zum 23. Febr. mitgebracht. Die Empörer hatten bedeutende Erfolge gehabt. Sie hatten sich Tschongong und Loyang bemächtigt. Die chinesische Garnison von Hinghon hat sich empört.

Nichts von Bedeutung aus Japan. Nachrichten von Melbourne (Australien) vom 23. Februar melden, daß der Krieg in Neu-Seeland wieder ausgebrochen ist. Ein englisches Korps hatte den Anfang einer Niederlage bei Drnita erlitten, aber es war seinen Offizieren später gelungen, dasselbe wieder zu sammeln. Dieser Kampf hatte indessen den Engländern 13 Tode und 33 Verwundete gekostet. Ein englischer Beamter war von den Insurgenten getödtet worden. Man versicherte, William Thompson habe sich dem General Carey ergeben.

Der konsöderirte Kreuzer „Shenandoah“ war bei King-Jsland.

Bombay, 4. Apr. Sir Trevelyan hat die Finanzdarlegung mitgetheilt. Die Einkommensteuer ist unterdrückt. An Einfuhrsteuer ist die Wolle, Thee und Kaffee mit 3 Proz., Häute, Zucker und Seide mit 2 Proz. belegt. Die Finanzlage ist befriedigend.

Vermischte Nachrichten.

In der am 3. April stattgehabten Sitzung des Verwaltungsraths der pfälzischen Bahnen wurde das neue Prioritätsanlehen von 700,000 fl. an die Bankhäuser Frhr. v. Rothschild, Phil. Mik. Schmidt in Frankfurt und Ladenburg und Söhne in Mannheim begeben. (W. Ztg.)

Ulm, 5. Apr. (Fr. Z.) Ein zum hiesigen Schifferverband gehöriges Schiff, Eigentum des Schiffers Martin Kässbohrer, ist gestern Abend im Donaustrudel zwischen Ulm und Wien verunglückt. Die Ladung besteht zumeist aus bedeutenden, dem Mannheimer Großhandel angehörigen Partien Kaffee und etwas Gewürze, die jedoch verfault sind.

Wiesbaden, 6. Apr. (Frz. Bl.) Die Generalversammlung der Aktionäre der Taunusbahn hat den Vorschlag des Verwaltungsraths, die Dividende auf achtzehn Gulden festzusetzen, genehmigt. Die austretenden Mitglieder wurden wieder gewählt.

Jena, im April. Das 50jährige Stiftungsfest der Burschenschaft findet den 15. und 16. August d. J. statt. Am Abend des 14. Begrüßung der Ankommenden in der auf der Paradieswiese zu erbauenden Festhalle. Alle ehemaligen Mitglieder der Burschenschaft auf sämtlichen deutschen Universitäten sind eingeladen, an der Feier Theil zu nehmen. Jeder, der zu kommen gedenkt, ist gebeten, solches bis zum 15. Juni dem Festauschuß schriftlich anzuzeigen und zugleich als Kostenbeitrag 2 Thlr. einzusenden, wogegen er eine Festkarte erhalten wird.

Dlendorff, der bekannte Verfasser der vielen Grammatiken moderner Sprachen, ist am 4. Apr. in Paris gestorben.

London, 4. Apr. Im Norden Englands liegen die Eisenwerke in voller Thätigkeit. In Staffordshire scheint die Beilegung der Streitfragen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern leider in weitere Ferne gerückt zu sein, als je zuvor. Die Arbeiter von Süd-Staffordshire schlagen in ihren Diskussionen der Lage einen immer höhern Ton an. Jeden Versuch, zwischen ihnen und den Fabrikanten eine Verständigung anzubahnen, nehmen sie mit Mißtrauen auf, und erklären offen, daß alle solche Vermittlungsvorschläge nichts als verheißte Anerbietungen von Seiten der Hüthenbesitzer und nur in deren Interesse seien. In Wolverhampton haben die Puddler wieder eine Versammlung abgehalten, welche gegen die Arbeiter von Nord-Staffordshire eine äußerst freundschaftliche Haltung an den Tag legte und dieselben offenbar als die Vorkämpfer auch der Arbeiter von Süd-Staffordshire betrachtete. Es sieht sogar zu erwarten, daß, wenn die Schließung der Establishments noch einige Wochen andauern sollte, die Leute von Süd-Staffordshire Angesichts einer zukünftigen Wiederaufnahme der Arbeit eine Lohnerhöhung von 9 1/2 Schilling auf 10 1/2 Schilling verlangen werden. Mit großem Interesse sieht man unter den obwaltenden Umständen der morgenden Versammlung des Komitees der Fabrikanten in Wolverhampton entgegen.

Italien wird bald nicht mehr das einzige Land sein, „wo die Citronen blühen“ — Californien fängt bereits an, ihm Konkurrenz zu machen, und wird in nicht gar fernrer Zeit Orangen und Citronen zu seinen Ausfuhrartikeln zählen, welche die Pacific-Eisenbahn nach dem Osten trägt, und die Staaten jenseits der Sierra mit den goldenen Früchten übersättigen. In Los Angeles, wo beide Früchte mit Erfolg kultivirt werden, hat man im vorigen Jahr 100,000 Orangen und 40,000 Citronen gezeugt. Zwei Franzosen, deren Pflanzung gleich hinter der alten Mission San Gabriel liegt, haben allein 25,000 Stück Orangen im vorigen Jahr geerntet. Die Citronen sind größtentheils aus dem Samen der Malagatrucht gezeugt, welche der chinesischen Sorte weit vorzuziehen ist, da sie mehr Saft und eine dünnere Schale hat.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
6. April.					
Morgens 7 Uhr	28°	2,86°	+ 80	S.W.	ganz bew. trüb, Regent
Mittags 2 "	"	2,49°	+ 42,0	"	" " mild
Nachts 9 "	"	2,03°	+ 10,0	"	" " "

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Krenlein.

